

Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland

Pressekonferenz am 06.11.2024

Statement von Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

- es gilt das gesprochene Wort –

Der Sozialbericht 2024 liefert – so wie seine Datenreport-Vorgänger seit über 40 Jahren – verlässliche Grundinformationen, gesicherte Statistiken und wissenschaftliche Einordnungen zu zahlreichen Aspekten der deutschen Gesellschaft. Mit der neuen Fassung liegt mittlerweile die 18. Ausgabe aus der bewährten Kooperation mit unseren Partnern vor. Sie legt auf fundierte Weise aktuelle Trends und Entwicklungen offen. Zugleich ist es der erste, der das Wort „Sozialbericht“ im Haupttitel trägt – was dem Anspruch der Publikation viel besser entspricht, ein umfassendes Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land zu zeichnen.

Als wir den letzten Datenreport 2021 vorstellten, standen die Auswirkungen der Coronapandemie noch sehr stark im Fokus. Auch 2024 sind deren Nachwirkungen weiterhin zu spüren. Hinzu kamen jedoch in den vergangenen Jahren multiple Krisen, darunter der seit Februar 2022 andauernde russische Großangriff gegen die gesamte Ukraine. Dieser hat auch in Deutschland Auswirkungen auf den Lebensalltag in vielen gesellschaftlichen Bereichen. So führte der starke Anstieg der Lebenshaltungskosten 2022 erstmals seit vielen Jahren zu einem Rückgang der durchschnittlichen Realeinkommen. Der Preisauftrieb war im Lebensalltag vor allem für Menschen mit geringerem Einkommen deutlich spürbar und führte zu merklichen Einschränkungen.

In Folge des Angriffskriegs flohen über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland, was Fragen der Integration der Geflüchteten aufgeworfen hat. Ukrainerinnen und Ukrainer sind mittlerweile die zweitgrößte Gruppe mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland. Ihre Lebenssituation und die Teilhabe am Erwerbsleben haben sich stetig verbessert. Die individuellen Zukunftspläne der Menschen werden indes stark davon abhängen, wann in der Ukraine wieder ein stabiler Frieden herrscht.

Generell dominiert das Thema des Umgangs mit Flucht und Migration spätestens seit Sommer 2024 die öffentlichen Debatten. Schreckliche Ereignisse wie der blutige Messerangriff in Solingen mit drei Toten führten zu einer scharfen Rhetorik, die das Thema Zuwanderung stark auf die Probleme der inneren Sicherheit zuspitzt. Ist es wirklich nicht möglich oder gar zu viel verlangt, die Themen Flucht bzw. Asyl auf der einen und Migration auf der anderen Seite auch in öffentlichen Debatten sauber voneinander zu unterscheiden?

Ein umfassender Blick auf beide Themen und eine Versachlichung der Debatten sind dringend vonnöten. Hierzu liefert der Sozialbericht eine fundierte und differenzierte Grundlage. Er zeigt, dass der bereits heute in vielen Bereichen spürbare Arbeits- und Fachkräftemangel und der zu erwartende weitere Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in den kommenden Jahren durch das Ausscheiden der „Babyboomer“ weitere Zuwanderung nach Deutschland dringend erforderlich machen. Er zeigt aber auch, wie divers die deutsche Gesellschaft bereits jetzt ist. So hatte 2023 jeder vierte in Deutschland lebende Mensch eine Einwanderungsgeschichte!

Diese Pluralität wirft vielfältige Fragen nach Integration, Teilhabe und Zusammenleben in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auf. So spielt die Lebensrealität der Menschen mit Einwanderungsgeschichte eine wichtige und übergreifende Rolle in den Kapiteln des Sozialberichts. Die Daten spiegeln strukturelle Ungleichheiten, etwa in den Bereichen der Bildung,

Arbeitsmarktbeteiligung und Armutsgefährdung wider. Diese müssen endlich als zentrale gesellschaftliche Herausforderungen begriffen und angegangen werden. So war etwa die Armutsgefährdungsquote für Menschen mit Einwanderungsgeschichte 2022 mehr als doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte! Auch zeigt sich in vielen Städten eine zunehmende soziale Polarisierung, die sich in einer Ballung von Armut in bestimmten Quartieren niederschlägt.

Ein weiteres Thema, bei dem der Sozialbericht wunde Punkte offenlegt und bleibende Herausforderungen nicht zuletzt für die politische Bildung aufzeigt, sind die Einstellungen zu unserer Demokratie. Zwar scheint die generelle Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform in West- und Ostdeutschland ungebrochen hoch – daran konnte auch die Coronapandemie nichts ändern! Jedoch ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland deutlich niedriger. Diese Zahlen sind alarmierend, auch weil ein deutlich negativer Trend in den vergangenen Jahren zu erkennen ist. Mindestens ebenso beunruhigend ist das anhaltende Gefälle, das zwischen Ost- und Westdeutschland herrscht: Hat der Westen hier im Vergleich mit anderen europäischen Ländern mit 72 % einen der höchsten Werte, liegt Ostdeutschland mit 42 % weit dahinter und auch deutlich hinter dem Durchschnitt nicht nur in West-, sondern auch in Osteuropa. Die jüngsten Wahlergebnisse in Sachsen, Thüringen und Brandenburg bestätigen diesen Trend und zeigen, in welcher Stresssituation sich unsere Demokratie befindet.

Und bei allem notwendigem Thematisieren der Gefährdungen, Krisen und Herausforderungen, denen die deutsche Gesellschaft ausgesetzt ist, sollte nicht vergessen werden, das Deutschland weiterhin ein Land von hoher Lebensqualität ist. Dies belegen die Daten zur allgemeinen Lebenszufriedenheit ebenso wie die anhaltend hohe Zufriedenheit bei vielen sozialen Aspekten wie den Haushaltseinkommen, dem Familienleben oder der eigenen Arbeit. Das Wohlstandsniveau und Funktionieren des Sozialstaats sollte daher nicht schlecht geredet werden, gleichzeitig dürfen die zahlreichen Baustellen und sozialen Schief lagen in diesem Land nicht übersehen, sondern müssen dringend angegangen werden. Der neue Sozialbericht sollte eine gute Grundlage sein, um dies auf informierte Weise zu tun! Das Rüstzeug dafür, nämlich valide Daten und seriöse wissenschaftliche Einordnungen und Bewertungen, liegt, für alle zugänglich, auf dem Tisch. Politische Bildung at its best, wie ich finde!